

Irak - Stoppt die Eskalation!

Deutsche Unterstützung der Besatzung beenden

Weitgehend unbeachtet von den großen Medien führten die US-Truppen Anfang September eine neue Großoffensive gegen die nordirakische Stadt Tal Afar durch. Erneut kamen Hunderte Frauen, Männer und Kinder ums Leben oder wurden verwundet. Die meisten der 200 000 Einwohner sind geflohen. Zuvor waren Samarra, Bakuba, Qaim, Hit, Haditha Opfer ähnlicher Angriffe geworden. Falludscha liegt seit November 2004 in Trümmern.

Dieses brutale militärische Vorgehen heizt die Gewalt weiter an, durch den Einsatz kurdischer und radikal-schiitischer Milizen drohen bürgerkriegsähnliche Zustände.

Wir verurteilen diese Terrorakte der Besatzungstruppen. Ebenso verurteilen wir selbstverständlich auch die Anschläge terroristischer Gruppen auf unbeteiligte Zivilisten. Doch auch diese sind Folge der US-amerikanischen Besatzung, die die Hauptursache für die Probleme im Irak ist und keinesfalls zu ihrer Lösung beitragen kann.

Die Besatzung ist weder durch die Resolutionen des UN-Sicherheitsrats noch durch Wahlen unter US-amerikanischem Protektorat rechtmäßig geworden. Statt sie zu beenden und dem irakischen Volk die Organisation seiner Gesellschaft selbst zu überlassen, sowie die Mittel zur Beseitigung der angerichteten Zerstörungen bereitzustellen, setzt die US-Regierung auf eine Marionettenregierung und die militärische Vernichtung des Widerstandes. Die Besatzungspolitik vertieft absichtlich die ethnischen, konfessionellen und religiösen Gegensätze in der irakischen Gesellschaft und bedroht die staatliche Einheit des Irak. Die nun vorgelegte neue Verfassung bekräftigt diese Tendenzen. An der Besatzungsrealität selbst wird sie nichts ändern.

Wir fordern die Regierung der Vereinigten Staaten auf, ihre Truppen ohne Bedingungen aus dem Irak abzuziehen und Wiedergutmachung für die angerichteten Schäden zu leisten.

Wir fordern den UN-Sicherheitsrat auf, endlich die gravierenden Verstöße der Besatzungsmächte gegen Menschenrechte, Genfer Konventionen und andere Abkommen auf die Tagesordnung zu setzen.

Wir fordern die Fraktionen des neu gewählten Bundestages und die zukünftige Bundesregierung auf, der politischen, ökonomischen und militärischen Unterstützung dieses Verbrechens – die nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts ebenfalls ein »völkerrechtliches Delikt« ist – unverzüglich ein Ende zu bereiten und auf die Verbündeten einzuwirken, ihre Truppen aus dem Irak zurückzuziehen. Wir fordern Asyl für all jene Soldaten, die sich weigern, im Irak Krieg zu führen.